

Anlagen-„Repowering“ will gut überlegt sein

pebe Siegen. Übers „Repowering“ referierte beim „Windforum Südwestfalen“ Wiebke Abeling von der Kommunalen Umwelt-Aktion Hannover. Dabei geht es darum, bestehende Windkraftanlagen durch leistungsstärkere zu ersetzen – was nicht unbedingt am selben Standort geschehen muss. Das „Repowering“ biete durch Konzentration weniger, leistungsstärkerer Anlagen die Möglichkeit, Flächen sinnvoller zu nutzen. Ein „Aufstocken“ der Kapazitäten bestehender Anlagen sei nicht möglich. Also müssten alte Anlagen abgebaut werden. Für ein „Repowering“ von Anlagen, die zehn Jahre und älter sind, gebe es finanzielle Anreize. Der Schritt sei aber gut zu überlegen, denn die Anlagen müssten sich amortisieren und genügend Gewinne abwerfen.



Wiebke Abeling legte Möglichkeiten und Grenzen des „Repowerings“ dar.

Raus aus der Tabuzone: Windnutzung im Wald

pebe Siegen. Über den „neuen Windenergieerlass und den Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen“ informierte beim „Windforum Südwestfalen“ Dr. Phillip Fest vom NRW-Landesumweltministerium. Die vorgenommene Änderung der Landesregierung sei bedeutsam, die bislang als „Tabuzonen“ behandelten Waldflächen würden nun behutsam für eine Windenergienutzung geöffnet. Vorgesehen sei eine Einzelfallprüfung, denn es gebe „wertvolle Wälder“ – sei es als Wirtschaftsfaktor oder als Erholungs- oder Naturschutzgebiet. Zudem könne die Frage der Ästhetik nicht übergangen werden. Weiterer wichtiger Punkt im NRW-Windenergieerlass: Die Empfehlung der Landesregierung, die Höhenbegrenzungen für Windkraftanlagen aufzuheben, damit effiziente Anlagen zum Einsatz kommen können. Die genaue Standortprüfung bleibe weiterhin notwendig.



Dr. Phillip Fest warb für den neuen Windenergieerlass des Landes NRW.

Windenergie zwischen Recht und Ästhetik

pebe Siegen. Als „Praktiker“ sprach beim „Windforum Südwestfalen“ Diethard Altrogge, Leiter des Regionalforstamts Siegen-Wittgenstein über „Windkraftanlagen im Wald – um jeden Preis?“. Altrogge baute dabei auf einer rechtlichen und einer ästhetisch-psychologischen Überlegung auf. Wenn eine Planung für Windkraft im Wald anstehe, sei „genau zu prüfen, ob es geht“. Die jeweilige Kommune müsse genau nachweisen, dass nur das betreffende Waldareal als Standort in Frage komme. Dann werde geprüft, ob das möglich sei. Ein Großteil möglicher Standorte werde wegen spezifischer Ausschlusskriterien „verpuffen“, in Frage komme nur Nutzwald. Die zweite Überlegung sei weniger einfach. „Wir müssen davon ausgehen, dass Heimat, Seele und Landschaftsempfinden ein wichtiges Gut sind“, meinte er. Windräder hätten z. B. im Betrachter eine Irritation zur Folge. Das sei mit Blick auf den Tourismus zu beachten. Wichtig sei die Planung in enger Abstimmung zwischen Kommunen und Bezirksregierung vorzunehmen.



Waldflächen als Standorte für Windenergieanlagen – hier das Windrad in Heisberg – werden von der Landesregierung NRW aus der „Tabuzone“ für Vorrangflächen geholt – „mit aller Vorsicht“, wie die Gäste aus dem Umweltministerium betonten. Fotos: pebe

„Energiewende von unten“

SIEGEN „Windforum Südwestfalen“ setzte deutliche Impulse / Viele Fragen unbeantwortet

NRW-Umweltminister Johannes Rimmel warb für eine neue, beschleunigte Klimaschutzpolitik.

pebe ■ „Wir werden unseren Beitrag zur regenerativen Energie leisten.“ Landrat Paul Breuer signalisierte sichere Überzeugung, als er am Samstag das vom Kreis Siegen-Wittgenstein ausgerichtete „Windforum Südwestfalen“ eröffnete. Bis 2020 will das Land Nordrhein-Westfalen den CO₂-Ausstoß um 25 Prozent senken, bis zum Jahr 2050 sogar bis zu 80 Prozent. In den Blick gerät dabei vor allem eine verstärkte Nutzung der Windenergie. Beim regionalen „Windforum“ sollten deshalb nicht nur Themen rund um deren Nutzung besprochen werden. Erreicht werden sollte auch eine engere Vernetzung der Beteiligten in Südwestfalen und ein Gespräch zwischen Befürwortern und Kritikern der Windkraft. Rund 260 Gäste nutzten am Samstag die Möglichkeit, sich nach dem Hauptvortrag von NRW-Umweltminister Johannes Rimmel auf drei Foren in sechs Veranstaltungen zu informieren und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Nach der „Energiewende“ sei das Thema Windkraft „auf der Liste der Notwendigkeiten nach oben gerutscht“, befand Breuer, auch die hiesige Region sei in der Verantwortung, „die Dinge voranzutreiben“. Primäres Ziel sei es dabei weiterhin, Energie zu sparen, indem sie gar nicht erst erzeugt werden müsse und damit die Energiebilanz belaste. Die Verantwortung für die Energieproduktion werde mehr und mehr dezentralisiert. Bei der Vernetzung dieses Vorgangs wie auch bei den Auswirkungen auf den Tourismus wolle der Kreis eine verbindend-beratende Rolle spielen. Die Kommunen, bei denen die Planungshoheit auch in Sachen Windkraft liege, dürften sich kommunalpolitisch nicht nur „an der Innenseite ihrer Ortsschilder bewegen“, sondern müssten in engem Kontakt mit ihren Nachbarn diesseits und jenseits der Landesgrenzen bleiben.

Breuer befand sich mit seinen Feststellungen in seltener Übereinstimmung mit dem grünen NRW-Umweltminister Johannes Rimmel. Der aus Siegen stammende

Minister warb in seinem Vortrag für die „neue Klimaschutzpolitik“ seines Ministeriums. Ohne schnelles „Umsteuern“ – es blieben gerade einmal eine bis anderthalb Generationen Zeit – werde der Klimawandel zu einer Katastrophe. Rimmel erinnerte an die Umweltkonferenz vor 20 Jahren in Rio de Janeiro, die eine deutliche Eindämmung der CO₂-Emissionen und damit des Treibhauseffektes gefordert hatte (auch die wenig geliebte und stiefmütterlich behandelte Agenda 21 hat hier ihren Ursprung). Die Eindämmung der Erderwärmung sei „nicht nur ein ökologisches Muss, sondern auch ökonomisch notwendig“, betonte der Minister. 2050 würde ein ungebremster Klimawandel schon 8000 Mrd. Euro deutschlandweit an Folgekosten bedeuten. „Klimaschutz ist keine grüne Spinnererei, sondern ökonomische Vernunft.“

Als deutsches „Industrieland Nr. 1“ habe NRW die Pflicht und die Chance, die CO₂-Emissionen zu senken, fuhr Rimmel fort. Und hier spiele das stark industriell geprägte Südwestfalen eine wichtige Rolle. Die Windenergie nehme dabei einen wichtigen Platz ein. Energieeinsparung, griff er Breuers Überlegung auf, sei „in der Tat primär“, dazu kämen steigende Energieeffizienz, erneuerbare Energien und bessere Netz- und Speicherkapazitäten. Der Einsatz erneuerbarer Energien werde



NRW-Umweltminister Johannes Rimmel stellte die Klimaschutzpolitik des Landes vor und sah in den Kommunen die Wiege der „beschleunigten Energiewende“.

dazu führen, dass die Energieversorgung künftig dezentraler organisiert werde – „nicht mehr von vier großen Konzernen, sondern von Unternehmen, Kommunen und Stadtwerken“.

Im Bereich der erneuerbaren Energien nehme die Windenergie einen herausragenden Platz ein. Ihr Anteil soll bis 2020 von derzeit 3 auf 15 Prozent Energieanteil steigen. Um dies zu gewährleisten, sei ein „Repowering“ (Steigerung der Kapazitäten) der bestehenden Anlagen vorgesehen, zudem sollten sie entlang den „Strukturaachsen“ wie Autobahnen und Gleistrassen ausgebaut werden. Und schließlich, so sieht es der neue Windenergieerlass vor, sollen bisherige Tabuzonen für Windräder besser genutzt, der Wald dazu aber „behutsam geöffnet“ werden. Ein Leitfaden „Windenergie im Wald“ sei in Vorbereitung, Planungsinstrumente sollten entwickelt und Hemmnisse beseitigt werden. All dies solle aber in „Transparenz, Dialog und Partizipation“ geschehen.

„Ich bin überzeugt“, so beschrieb Rimmel seine „wichtigste These“, dass „die Kommunen die Wiege und die Hauptakteure der beschleunigten Energiewende sind“. Klimapolitik wachse „von unten“, und viele Kommunen hätten sich schon auf den entsprechenden Weg gemacht. Allerdings, skizzierte er die Probleme energetischer Dezentralisierung, bedeute ein höherer Einsatz erneuerbarer Energien mehr Schwankungen, die ausgeglichen werden müssten, damit die Versorgungssicherheit gewährleistet werde. Hier seien „flexible Anbieter“ notwendig, die dezentral und effizient in den „Lücken“ Energie lieferten – was wiederum eine Optimierung von Speichern und Netzen voraussetze. Deshalb könne man nicht nur über einzelne Windkraftanlagen diskutieren, sondern müsse die Frage nach Systemen für erneuerbare Energien in den Blick nehmen. „Da stehen wir noch am Anfang.“

Das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“, das den Vorrang der Einspeisung dieser Energien in das Netz regelt und vom Bundestag im Sommer 2011 novelliert wurde, biete Möglichkeiten, den Energiemarkt neu zu gestalten, so Rimmel. Die Landesregierung werde Bürger-Energieprojekte in diesem Bereich unterstützen. 4,5 Mrd. Euro Wertschöpfung seien für die nächsten 20 Jahre zu erwarten. „Das ist gigantisch.“

Die „inszenierte Natur“ und Technik-Erleben

pebe Siegen. Tourismus und Windkraft als Widerspruch? Diese Frage stellte sich beim „Windforum Südwestfalen“ Prof. Dr. Heinz-Dieter Quack (Trier), der über „tatsächliche und vermeintliche Probleme der Windkraft in Erholungsräumen“ sprach. Windenergie beeinträchtigt nicht von vornherein den Erholungsraum, befand er. Da sei eine sensible Einzelfallprüfung nötig. Das Problem bei der Sache: Ästhetik sei nicht prüfbar. „Mit Sicherheit“ störten Einzelmasten in einem weiten Blickfeld mehr als ein „Cluster“ von Anlagen relativ eng beisammen, betonte er. Es gebe aber keine Untersuchungen darüber, wie genau die Windräder wirkten. Nachvollziehbar sei, dass Wanderer, die durch den „inszenierten Naturraum“ gingen, dort auch die „Technikferne“ suchten. Windenergie lasse sich aber auch touristisch vermarkten.



Prof. Heinz-Dieter Quack sprach über Reibung bei Tourismus und Windkraft.

Energieunternehmer: Die Bürger vor Ort

pebe Siegen. Modelle finanzieller Beteiligung von Bürgern an Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien stellte beim „Windforum Südwestfalen“ Dr. Katrin Gehles von der Energie-Agentur NRW vor. Sie unterschied zwei Grundformen von Bürgeranlagen zur Nutzung von Solar- und Windenergie: Anlagen, bei denen die Bürger von der Unternehmensgründung bis zur Produktion alles selbst machen, und Anlagen, die von Bürgern finanziert, aber von einem Unternehmen betrieben werden. Seien die Bürger die Betreiber, böten sich GbR, GmbH & Co KG sowie die mittlerweile oft vorgezogene Genossenschaft als Rechtsform an. Finanzierten die Bürger die Anlage, sei an Beteiligungen an der Betreibergesellschaft zu denken oder an die Kooperation mit einem Finanzinstitut. Notwendig sei, früh zu informieren und die Akzeptanz der Anlagen und ihrer Planung vor Ort durch geeignete Einbindung der Bürger und ihre Beteiligung an der Wertschöpfung zu fördern.



Dr. Katrin Gehles stellte Bürgerbeteiligungen an Windkraftanlagen vor.

Potenzial vorhanden: Wind in Südwestfalen

pebe Siegen. Auf dem „Forum Windenergie“ skizzierte Jan Dobertin, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien NRW die „Potenziale der Windenergie in Südwestfalen“. Wind sei eine günstige und „extrem klimafreundliche“ Energie. Dazu komme hochgradige Flächeneffizienz, die dezentrale Stromerzeugung und die Wertschöpfung: Schon ein 2-Megawatt-Windrad könne in 20 Jahren Betrieb 2,8 Mill. Euro erbringen. Südwestfalen mit 6200 Quadratkilometern Größe biete genügend Potenzial. Dabei seien Nadelholz- und Kyrillflächen für die Windenergie nutzbar. Für den Wald sprächen z. B. größere Abstandsflächen, gute Windverhältnisse in Höhenlagen und die Beteiligung öffentlicher Haushalte. Dagegen sprächen u. a. Höhenbeschränkungen und Landschaftsschutzbestimmungen. Dobertin empfahl, Flächennutzungspläne zu überprüfen, Bürgerbeteiligungen zu forcieren und alle Entscheidungsträger enger einzubinden.

Gute Planung von allen gefordert

Windforum Südwestfalen endete mit einer wenig diskutierenden Podiumsrunde

pebe Siegen. Auf dem Podium trafen sich beim „Windforum Südwestfalen“ einige Akteure zusammen mit Burbachs Bürgermeister Christoph Ewers und der NABU-Kreisvorsitzenden Helga Düben zur Diskussion. Zuvor war in drei Foren, in denen es um rechtliche und wirtschaftliche, technische und touristisch-ästhetische Fragen ging (vgl. die Zusammenfassungen auf dieser Seite) referiert und diskutiert worden. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Dirk Glaser (Südwestfalen Agentur, Olpe).

Christoph Ewers brach noch einmal eine Lanze für die kommunale Planungshoheit, die von den Kommunen verantwortungsvoll genutzt werde. Eine vernünftige

und gut gesteuerte Planung bei der sicher wichtigen Nutzung der Windkraft im Kreis wünschte sich Helga Düben. Denn der Kreis Siegen-Wittgenstein biete mit seinem Wald eine „wichtige Ökostruktur“, „zwei der drei größten unzerschnittenen Naturräume“ und eine enorme Artenvielfalt.

Viele Waldbereiche kämen ohnehin wegen ihrer Bedeutung nicht in Frage, bemerkte Forstdirektor Diethard Altrogge, der ebenfalls die Bedeutung der Windkraft sah. Aber es bleibe die Frage, ob und wie der Ausbau der Windenergienutzung die Menschen verändere. Landrat Paul Breuer betonte noch einmal, dass die „Kommunen an den Rechtsrahmen gebunden“ seien

und an den „Grundkonsens in der eigenen Bevölkerung“ – unabhängig von der Notwendigkeit einer Regionalplanung in Sachen Windkraft. Eine Beschleunigung der Energiewende „erhält man nicht durch hektischen Betrieb, sondern durch planvolles Vorgehen“.

Dass die Windkraftnutzung in der Bevölkerung eine „klare Mehrheit“ habe, meinte Dr. Phillip Fest feststellen zu können. Er sagte, dass Umfragen zufolge thermische Kraftwerke, Autobahntrassen oder Strommasten mehr störten als die „Luft-quirle“ in der Landschaft. Überdies sei die Windenergienutzung „nicht neu“, nur seien heute die Windräder „etwas größer“ als die Windmühlen noch vor 120 Jahren.